

Nr. 287 | 01.02.2022

Polen-Analysen

Polen und die Militarisierung der Oblast Kaliningrad

ANALYSE	
Die Militarisierung der Oblast Kaliningrad und die Bedeutung für die Sicherheit Polens	2
Agnieszka Legucka, Polnisches Institut für Internationale Angelegenheiten, Warschau	
DOKUMENTATION	
Die Nationale Sicherheitsstrategie der Republik Polen (2020, Auszug)	6
Die wichtigsten russischen Militäreinheiten in der Oblast Kaliningrad	8
UMFRAGEN	
Einstellungen der polnischen Bevölkerung zur NATO, Russland und anderen Nationen	9
CHRONIK	
25. – 31. Januar 2022	12

Die Militarisierung der Oblast Kaliningrad und die Bedeutung für die Sicherheit Polens

Agnieszka Legucka, Polnisches Institut für Internationale Angelegenheiten, Warschau

DOI: 10.31205/PA.287.01

Zusammenfassung

Die Oblast Kaliningrad ist für die Russische Föderation von großer Bedeutung. Dort ist die Baltische Flotte stationiert und werden die Strukturen der Landstreitkräfte ausgebaut. Seit einigen Jahren betreibt Russland eine starke Militarisierung der Exklave. Dazu gehören die Dislozierung des Luftabwehrsystems S-400, die Ausstattung der Marine mit Kalibr Lenkwaffen sowie der Beginn der Dislozierung von Iskander-Raketensystemen, was den Aufbau einer *Anti-Access Area Denial (A2AD)*-Zone ermöglicht. Für die angrenzenden NATO-Staaten, so auch Polen, bedeutet das, in unmittelbarer Reichweite russischer Massenvernichtungswaffen zu liegen.

Die Geographie und Geschichte der Militarisierung der Oblast Kaliningrad

Geographisch ist die an der Ostsee gelegene Oblast Kaliningrad der am weitesten im Westen gelegene Teil der Russischen Föderation. Es besteht keine direkte Landverbindung nach Russland. Die Exklave grenzt an Polen und Litauen sowie an die Ostsee. Die Oblast Kaliningrad ist mit ihren 15.100 km² der kleinste Teil der Russischen Föderation. Dort leben 947.000 Einwohner. Bei einer Bevölkerungsdichte von 62,7 Personen pro km² liegt sie jedoch auf Platz drei im russischen Vergleich. Die gemeinsame Grenze mit Polen ist 210 Kilometer lang; sie verläuft entlang der Woiwodschaft Ermland-Masuren (województwo warmińsko-mazurskie) und grenzt auf der Frischen Nehrung an die Woiwodschaft Pomern (woj. pomorskie).

Zur Zeit der Sowjetunion war die Oblast Kaliningrad einer der wichtigsten strategischen Punkte des Sowjetreiches, auch die »bewaffnete Faust der UdSSR an der Ostsee« genannt. Die Anzahl der stationierten Soldaten lag hier während des Kalten Krieges bei 500.000 und die Militärstützpunkte waren Moskau direkt unterstellt. Das Kommando der Baltischen Flotte wurde 1956 von Leningrad in den Hafen von Baltijsk (Pillau), den Vorhafen Kaliningrads, verlegt, der sich zum größten Marinestützpunkt der russischen Flotte an der Ostsee entwickelte. Im Kaliningrader Gebiet, das zum Baltischen Militärdistrikt gehörte, waren schlagkräftige Militäreinheiten der Roten Armee stationiert, v. a. der 11. Gardedivision, der Luftstreitkräfte, der Flugabwehr und des Grenzschutzes.

Die von Michail Gorbatschow, Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Ende der 1980er Jahre begonnene und von Boris Jelzin, dem ersten Präsidenten Russlands, fortgeführte Reduzierung der Streitkräfte in Verbindung mit den im Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag, 1990) vereinbar-

ten Obergrenzen führte dazu, dass die russische Armee in eine Verteidigungsarmee transformiert wurde. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verlor die Baltische Flotte zugunsten der neuen unabhängigen baltischen Staaten wichtige strategische Infrastruktur: 80 Prozent ihrer Stützpunkte (14 von 16), 60 Prozent der Kais, 75 Prozent der Reparaturwerften, 30 Prozent der Treibstofflager und 30 Prozent der Flughäfen. Die Zahl der in der Oblast Kaliningrad stationierten Soldaten wurde ebenfalls reduziert. Im Juli 1992, in der Anfangsphase des Aufbaus der russischen Marine, hatte die Baltische Flotte ca. 90.000 Soldaten und Matrosen; zu ihrer Ausrüstung gehörten 188 Kampfflugzeuge und 397 Schiffe, davon 54 Kampfschiffe.

Zu der größten Konzentration der Landstreitkräfte in der Oblast Kaliningrad kam es im Zusammenhang mit dem Abzug der sowjetischen Truppen aus der ehemaligen DDR und den ostmitteleuropäischen Staaten. Die Oblast Kaliningrad wurde zur Drehscheibe für das sowjetische Militärpersonal und schwere Gerät. Zwischen 1992 und 1994 stieg die Zahl der dort stationierten Militärangehörigen verschiedenen Angaben zufolge auf 100.000 bis 300.000. Auf die Nachbarn Polen und Litauen wirkte das beunruhigend, umso mehr als verhandelt worden war, dass der Abzug über Litauen gehen sollte, was für Konflikte in den litauisch-russischen Beziehungen sorgte. Der damalige polnische Präsident Lech Wałęsa, der im Februar 1992 die baltischen Staaten besuchte, bezeichnete die starke militärische Konzentration auf so kleinem Gebiet als »alarmierend«.

Die strategische Bedeutung der Oblast Kaliningrad für Russland

Die russische Grenze an der Ostsee ist 1.900 Kilometer lang und verläuft am Finnischen Meerbusen sowie auf einer Länge von 160 Kilometern an der Oblast Kalinin-

grad. Das Gebiet gilt als strategisch außergewöhnlich bedeutend. Es ermöglicht, die gesamte Ostsee zu kontrollieren und effizient Einfluss auf die Anrainerstaaten zu nehmen. Die wichtigsten Aufgaben der Baltischen Flotte sind die Abschreckung eines potentiellen Aggressors, Verteidigung der territorialen Integrität, Schutz der eigenen Küstenmeere und Unterstützung der russischen Außenpolitik.

Die geographische Lage der wichtigsten Marinestützpunkte in der Exklave erlaubt es Russland, eine strategische Position in der Ostsee zu halten. Der Stützpunkt bei St. Petersburg garantiert Russland nicht die entsprechenden Bedingungen für die Kontrolle der Seewasserstraßen in diesem Gebiet, denn er befindet sich am östlichen Rand des Finnischen Meerbusens und kann leicht von den Marinestützpunkten in Tallin (Estland) und Hanko (Finnland) blockiert werden. Daher ist der Marinestützpunkt in der Oblast Kaliningrad so wesentlich. Von hier aus hat die Russische Föderation günstige Bedingungen, auf Polen und Litauen sowohl von der Seeseite als auch von Land militärisch einzuwirken. Die im Kaliningrader Gebiet stationierten Seestreitkräfte haben eine gute Ausgangslage, die Danziger Bucht, insbesondere die Häfen der Dreistadt (Danzig/Gdańsk, Zoppot/Sopot, Gdingen/Gdynia), zu blockieren. Darüber hinaus haben sie die Möglichkeit, die Seewasserstraßen zwischen den polnischen Häfen und denen anderer Staaten im gesamten Ostseeraum zu kontrollieren. Die Landstreitkräfte, die in der Oblast Kaliningrad stationiert sind, haben wiederum günstige Bedingungen für Angriffe auf das polnische Territorium in Richtung nördlicher Mittellauf und Unterlauf der Weichsel mit dem Ziel, die Häfen der Dreistadt sowie den Schiffsverkehr auf der Weichsel zu blockieren und somit Warschau von Westen aus zu bedrohen.

Trotz ihrer geographischen Isolation hat die Oblast Kaliningrad aus mehreren Gründen auch eine geostrategische Bedeutung für Russland. Es handelt sich hier nicht nur um das am weitesten westlich gelegene Territorium der Russischen Föderation, sondern auf diesem Gebiet befindet sich auch der einzige eisfreie Hafen der Baltischen Flotte. Der Marinestützpunkt in Baltijsk könnte eine stabilisierende Rolle im Ostseeraum einnehmen. Darüber hinaus verfügt das Kaliningrader Gebiet über bedeutende natürliche Ressourcen (Bernstein, Erdöl, Wälder, Fisch). In Programmen der Russischen Föderation zur Entwicklung einer Sonderwirtschaftszone in der Oblast Kaliningrad werden weitere strategische Interessen genannt. Neben der bereits erwähnten Sicherstellung der Souveränität der Russischen Föderation auf diesem Territorium beispielsweise die Gewährleistung der Verteidigungsfähigkeit für Russland unter Einsatz des Kaliningrader

Gebietes und die Beschleunigung der Entwicklung außenwirtschaftlicher Beziehungen zu europäischen Staaten und die Transformation der Oblast von einer Empfängerregion zu einer Region, die in den Haushalt der Russischen Föderation einzahlt.

Weiter wird in diesen Programmen aufgeführt, dass die Oblast Kaliningrad die Interessen der Russischen Föderation realisieren soll. Dazu gehört auch, die Störung des militärischen Gleichgewichtes zwischen den Ostseeanrainerstaaten zu verhindern, die Verkehrsverbindungen mit Russland aufrecht zu erhalten und die nachbarschaftliche Zusammenarbeit auf der Basis der Grundsätze und Normen der Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie des internationalen Rechtes zu entwickeln.

Die Erweiterung der NATO löste erneut eine Diskussion über die Rolle und Bedeutung der Oblast Kaliningrad für die Sicherheit der Russischen Föderation aus. Ende der 1990er Jahre tauchten Meldungen über eine mögliche Stationierung taktischer Nuklearwaffen auf dem Territorium auf, die wiederholt von Vertretern des russischen Verteidigungsministeriums dementiert wurden. Es sei daran erinnert, dass die Russische Föderation das Recht für sich beansprucht, Nuklearwaffen in folgenden Fällen einzusetzen: bei einem Angriff mit Atom- oder anderen Massenvernichtungswaffen auf Russland oder seine Verbündeten sowie bei großen Einsätzen konventioneller Waffen gegen Russland und seine Verbündeten, die zu einer schweren Gefährdung ihrer nationalen Sicherheit führen. In diesem Fall behält sich die Russische Föderation das Recht vor, Nuklearwaffen als Erste einzusetzen. Russland erklärt in seiner Militärdoktrin, dass es keine Nuklearwaffen gegen einen Staat einsetzen wird, der Mitglied des Atomwaffensperrvertrages (1968) ist und keine Atomwaffen besitzt. Ausnahmen wären ein Angriff auf die Russische Föderation, ihre Streitkräfte sowie andere Streitkräfte, Verbündete oder Staaten, gegenüber denen die Russische Föderation Schutzverpflichtungen hat.

Eine weitere Diskussion kam im Zusammenhang mit den US-amerikanischen Plänen auf, Teile eines Raketenschutzschildes in Europa zu errichten. Erneut verbreiteten sich Informationen über die Notwendigkeit, in der Oblast Kaliningrad aufzurüsten, um in der Lage zu sein, Russland vor den Plänen seiner Nachbarn Polen und Tschechien strategisch zu schützen. In diesem Zusammenhang schlug der damalige polnische Ministerpräsident Donald Tusk dem russischen Außenminister Sergej Lawrow während seines Besuchs in Polen am 11. September 2008 vor, gemeinsam die Militäranlagen zu besichtigen. Im Gegenzug der russischen Inspektion in Redzikowo (westlich von

Danzig) sollten polnische Beobachter die Militärbasen in der Oblast Kaliningrad besichtigen.

Karte 1: Die potentielle Reichweite der in der Oblast Kaliningrad dislozierten Iskander-Raketen



Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Der damalige Präsident Russlands, Dimitri Medwedew, bestätigte in seiner Rede vom 5. November 2008 die Nachricht, dass die Oblast Kaliningrad im Zusammenhang mit dem Bau des Raketenschuttschildes in Polen und Tschechien mit den ballistischen Boden-Boden-Kurzstreckenraketen »Iskander« (NATO-Code: SS-26 Stone) ausgestattet wird. Es handelt sich um ein fahrzeuggebundenes, mobiles Raketen-system, das gegen gegnerische Ziele an Land eingesetzt werden kann. Nach Aussage des russischen Präsidenten soll »die Stationierung der Iskander-Raketen das US-amerikanische Antiraketensystem neutralisieren«. Russland wolle kein neues Wettrüsten, sei aber gezwungen, auf Sicherheitsrisiken zu reagieren. Russland sei daher bereit, diese Entscheidung zurückzunehmen, wenn die USA vom Raketenschuttschild Abstand nähmen. Die Iskander-M können mit ihrer Reichweite von 400–500 Kilometer u. a. das polnische Territorium und Teile Tschechiens erreichen. Russische Politiker und Diplomaten versicherten darüber hinaus, dass »sich Polen im Visier des russischen Verteidigungssystems befindet [...]. Das ist keine Drohung, sondern eine Bestätigung der Tatsachen. Alle Elemente der Verteidigungssysteme Russlands und Amerikas dienen der gegenseitigen Kontrolle [...] das ist die Logik und das Wirkungsrecht dieser Systeme. Mit seiner Entscheidung für den Raketenschuttschild hat Polen eine Wahl getroffen und befindet sich in der Schusslinie«. Dimitri Rogosin, ständiger Vertreter Russlands bei der NATO, sagte, Russland sei bereit, sich aus den Vereinbarungen über die Beschränkung von Kurz- und Mittelstreckenraketen zurück-zuziehen, die »uns [Russland, d.Verf.] bei einer symmetrischen Antwort behindern«.

Die Remilitarisierung der Exklave und die Konfrontation mit dem Westen

Der Remilitarisierungsprozess des Kaliningrader Gebietes hatte die Umwandlung des Territoriums in eine *Anti-Access Area Denial (A2AD)*-Zone zur Folge [A2AD meint die Fähigkeit, gegnerischen Einheiten zu Lande, zu Wasser und in der Luft den Zugang und/oder die Bewegungsfreiheit in einem ausgewählten Operationsgebiet mit militärischen Mitteln zu versagen, mindestens aber zu erschweren, d.Red.]. Infolge der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 und der wachsenden Entfremdung zwischen Moskau und seinen westlichen Partnern erreichte die Militarisierung der Oblast Kaliningrad eine neue Qualität. Im Zusammenhang mit den Veränderungen bei der Kriegsführung investierte Russland außer in militärische Aktivitäten gleichzeitig deutlich in nicht-militärische Bereiche, beispielsweise Propagandatätigkeiten und Desinformation. Die russische Regierung schürte die Bedrohung vonseiten der NATO und begründete so organisatorische Veränderungen bei der Baltischen Flotte. Seit 2016 wurden für den Stützpunkt der bisherigen Landeinheiten, das 11. Armeekorps, Lieferungen neuer Ausrüstung angekündigt.

Schätzungen zufolge sind insgesamt ca. 25.000 Soldaten in der Oblast Kaliningrad stationiert. Schlüsselbedeutung für die Kampffähigkeit der Streitkräfte der Russischen Föderation im Ostseeraum hatte die Aufstellung des Luftabwehrsystems S-400 mit einer Reichweite von 400 Kilometern in den Jahren 2012 bis 2013, des Raketen-systems der Küstenverteidigung Bastion sowie der Beginn (Oktober 2016) der Dislozierung der Iskander-M mit einer Reichweite von mindestens 500 Kilometern im Kaliningrader Gebiet. Beim Raketen-system Bastion ist davon auszugehen, dass hier Kalibr-Lenk-waffen mit einer Reichweite von mindestens 1.500 Kilometern stationiert sind. Der Beginn der Modernisierung der Infrastruktur ging mit einer fortschreitenden Professionalisierung einher, vor allem jedoch damit, die Einheiten in der Exklave mit neuen Waffentypen auszurüsten. In den Jahren 2017 bis 2018 wurden u. a. Teile des Iskander-Systems erneuert, mit denen die 152. Raketenbrigade ausgestattet wurde, und wurde das 25. Raketenregiment der Küstenverteidigung mit den Raketen-systemen Bal und Bastion ausgestattet. Außerdem wurde mit der Modernisierung der Infrastruktur weiterer militärischer Einheiten begonnen. Mitte 2019 wurde die Erneuerung eines Lagers, auch für Uranmunition, abgeschlossen.

Aufgrund der Dislozierung neuer Typen von Raketen-systemen ist das Gebiet von sehr großer Bedeutung, um militärische Aktivitäten an der NATO-Ostflanke behindern oder stoppen zu können. Insofern hat es strategische Bedeutung für die Sicherheit Polens. Die Streitkräfte der Oblast Kaliningrad sind nicht nur ein wichtiger Teil der Baltischen Flotte, sondern auch der seit

2018 ausgebauten Luft-Land-Streitkräfte, die vor allem aus Offensiv-Einheiten bestehen.

Hinzu kommt, dass sich in den letzten Jahren die Rolle der Exklave als Vorstoß-Basis für Geheimdienstaufgaben des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB (Grenzaufklärung) u. a. auf polnischem Gebiet vergrößerte.

Die Bedeutung für die Sicherheit Polens

Polen hat seit vielen Jahren auf die Militarisierung der Oblast Kaliningrad durch Russland, wozu die Stationierung neuer Waffenarten (u. a. Mittelstreckenraketen, die mit Nuklearsprengköpfen aufgerüstet werden können) gehört, aufmerksam gemacht. Russland hat sich aus wichtigen internationalen Vereinbarungen zurückgezogen, u. a. aus dem KSE-Vertrag. Zusätzlich stellt die Wiedereinsetzung eines Jagdgeschwaders in der Exklave Kaliningrad eine Herausforderung für die polnische Luftwaffe und die Luftstreitkräfte der NATO-Staaten dar, die an der Mission des NATO *Baltic Air Policing* (BAP) zum Schutz der Integrität des baltischen Luftraumes beteiligt sind. Möglich sind zunehmende Verletzungen des Luftraumes der baltischen NATO-Staaten durch russische Jagdflieger sowie Flüge direkt an der Grenze, was zu häufigeren Einsätzen im Rahmen der BAP führen würde.

In Strategiekonzeptionen der polnischen Regierung wird unterstrichen, dass Polen die Teilung Europas in Einflusszonen und die Beschränkung der staatlichen Souveränität nicht akzeptiert, wie Russland dies beispielsweise im Fall Georgiens oder der Ukraine, kombiniert mit der Forderung nach Garantie für die Nichterweiterung der NATO, praktiziert hat.

In der »Verteidigungskonzeption der Republik Polen« (*Koncepcja obronna RP*), herausgegeben vom Verteidigungsministerium im Mai 2017, wird die Bedrohung durch eine aggressive Politik Russlands als vordringliche Herausforderung bezeichnet. Dazu heißt es in der »Nationalen Sicherheitsstrategie der Republik Polen« (*Strategia Bezpieczeństwa Narodowego Rzeczypospolitej Polskiej*, 2020), dass »die Russische Föderation intensiv ihr militärisches Offensivpotential ausbaut (in westlicher Richtung), *Anti-Access Area Denial*-Zonen entwickelt, u. a. im Ostseeraum in der Oblast Kaliningrad, sowie Militärmanöver in großem Ausmaß durchführt, die sich auf Konfliktszenarien mit den Staaten des Nordatlantikpaktes, einen schnellen Durchmarsch großer Militäreinheiten und sogar den Einsatz von Nuklearwaffen stützen«. Aus strategischen Gründen hat die polnische Regierung entschieden, bis zum Jahr 2022 einen Schifffahrtskanal durch die Frische Nehrung auf polnischem Gebiet zu bauen. So soll verhindert werden, dass die Verlegung polnischer Einheiten durch das zu Russland gehörende Pillauer Tief blockiert wird. Langfristig soll

der Kanal durch das Haff ca. einen Kilometer lang sein und die Schifffahrt zum Hafen in Elbing (Elbląg) unter Umgehung der russischen Hoheitsgewässer ermöglichen. Zudem soll Polen auch in wirtschaftlicher und touristischer Hinsicht von Russland unabhängig werden, zumal es in den 1990er Jahre Fälle gab, dass polnischen Schiffen keine Durchfahrtserlaubnis erteilt wurde.

Ein weiteres Problem ist die Gefährdung der ökologischen Sicherheit durch russische militärische Aktivitäten und Ausrüstung. Das Hauptproblem besteht in der Nutzung und Lagerung veralteter Militärtechnik und Munition, was im Verantwortungsbereich des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation liegt. Die bisherige Nutzung entspricht nicht den europäischen Standards und Normen.

Zusammengefasst

Die Militarisierung der Exklave Kaliningrad schreibt sich in die russische Konfrontationspolitik ein, die Russland seit einigen Jahren gegenüber dem Westen und insbesondere den Ländern der NATO-Ostflanke betreibt. Die Einrichtung einer *Anti-Access Area Denial*-Zone in der Oblast Kaliningrad sowie die Ausstattung mit Raketen, die mit Nuklearsprengköpfen bestückt werden können, führten zu Spannungen in den gegenseitigen Beziehungen. Weiter schlägt Russland eine Reihe von rechtlichen und politischen Vereinbarungen darüber vor, dass die USA und andere NATO-Staaten an der Grenze zu Russland keine Raketenabwehrsysteme errichten sollen (auch nicht in den Ländern der Bündnispartner), was auch den Raketenschutzschild in Polen (Redzikowo) betrafte. Die NATO solle zu ihren Bündnisgrenzen von 1997 zurückkehren. Außerdem will die Russische Föderation die Einschränkung von Militärübungen auf Gebieten der NATO-Partner, die an Russland grenzen. Um militärische Vorfälle zu vermeiden, sollen die NATO-Staaten und Russland darüber hinaus Sicherheitsabstände für ihre Kriegsschiffe und Militärflugzeuge in den internationalen Gewässern sowie im Luftraum vereinbaren. Im Austausch sei Russland bereit, den regelmäßigen Dialog mit dem US-Verteidigungsministerium sowie die Zusammenarbeit mit der NATO vollumfänglich wieder aufzunehmen. Russland will, dass militärische Sicherheitsaspekte von den Verteidigungs- und Außenministerien Russlands und der NATO-Staaten thematisiert werden. Allerdings bietet es im Gegenzug nicht den Abzug der Iskander-Raketen aus der Oblast Kaliningrad und die Reduzierung der militärischen Bedrohung in der Region an. Polen stellt daher klar, dass ein Dialog, der auf »Erpressung« gründet, keinen Nutzen für die europäische Sicherheit bringt. Zurzeit befinden sich in Russland mehr Nuklearsprengköpfe als bei den drei Atommächten der NATO – USA, Großbritannien und Frankreich – zusammen. Moskau

unterhält ein ausdifferenziertes System, um seine Tausenden Atomwaffen – von Interkontinentalraketen über Langstrecken-Kampfflugzeuge bis zu Atom-U-Booten – zu verlegen. Es hat eine der drei stärksten konventionellen Armeen der Welt und ein Vetorecht im Sicherheitsrat

der Vereinten Nationen. Die Russische Föderation gehört daher zu den militärisch sichersten Staaten der Welt.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über die Autorin

Dr. habil. Agnieszka Legucka ist wissenschaftliche Mitarbeiterin mit Schwerpunkt Russland im Osteuropa-Programm des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten (*Polski Instytut Spraw Międzynarodowych – PISM*), Warschau. Ihre Forschungsgebiete sind die Innen- und Außenpolitik Russlands, die Beziehungen Russlands zur Europäischen Union und zur NATO, Desinformationsaktivitäten und hybride Gefahren von Seiten Russlands sowie Fragen der Sicherheit und Konflikte in der östlichen Nachbarschaft der Europäischen Union. Außerdem ist sie als außerordentliche Professorin am Fachbereich Finanzen und Internationale Beziehungen der Akademie für Finanzen und Business Vistula (*Akademia Finansów i Biznesu Vistula*), Warschau, sowie stellvertretende Chefredakteurin der Zeitschrift *Sprawy Międzynarodowe* (»Internationale Angelegenheiten«) tätig.

Lesetipps

- National Security Strategy of the Republic of Poland. Warszawa 2020. <https://en.bbn.gov.pl/en/news/767,National-Security-Strategy-of-the-Republic-of-Poland.html> (abgerufen am 31.01.2022).
- Domańska, Maria; Kardaś, Szymon; Menkiszak, Marek u. a.: *Fortress Kaliningrad. Even Closer to Moscow*. OSW Report. Warszawa: Ośrodek Studiów Wschodnich im. Marka Karpia/Centre for Eastern Studies 10/2019. S. 91. <https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-report/2019-11-07/fortress-kaliningrad> (abgerufen am 31.01.2022).
- Menkiszak, Marek; Strzeleski, Jan; Żochowski, Piotr u. a.: *Kaliningrad Oblast 2016. The Society, Economy and Army*. OSW Report. Warszawa: Ośrodek Studiów Wschodnich im. Marka Karpia/Centre for Eastern Studies 12/2016. <https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-report/2016-12-23/kaliningrad-oblast-2016-society-economy-and-army> (abgerufen am 31.01.2022).

DOKUMENTATION

Die Nationale Sicherheitsstrategie der Republik Polen (2020)

[...]

Das Sicherheitsgefüge

Das fortschreitende Aufbrechen der internationalen Ordnung beeinflusst das Sicherheitsgefüge Polens in negativer Weise, da die Realisierung der nationalen Interessen und das Erreichen der strategischen Ziele erschwert werden. Im Ergebnis dieser Veränderungen entsteht ein Sicherheitsumfeld, das von Unsicherheit und Unvorhersehbarkeit geprägt ist, was auf die Missachtung des internationalen Rechtes und die Nichterfüllung internationaler Verpflichtungen zurückzuführen ist. Die Zahl der Gefahren und unterschiedlichen Herausforderungen für die Sicherheit wächst.

Die wichtigste Gefahr stellt die neoimperiale Politik der Regierung der Russischen Föderation dar, die u. a. unter Einsatz des Militärs betrieben wird. Die Aggression gegenüber Georgien, die illegale Annexion der Krim sowie die Aktivitäten in der Ostukraine verletzen die Grundlagen des internationalen Rechtes und erschütterten die Säulen des europäischen Sicherheitssystems.

Die Russische Föderation baut – in westlicher Richtung – intensiv ihr militärisches Offensivpotential aus, entwickelt *Anti-Access Area Denial*-Zonen, u. a. im Ostseeraum in der Oblast Kaliningrad, und führt Militärmanöver in großem Ausmaß durch, die sich auf Konfliktszenarien mit den Staaten des Nordatlantikpaktes, einen schnellen Durchmarsch großer Militäreinheiten und sogar den Einsatz von Nuklearwaffen stützen.

Die Russische Föderation betreibt außerdem Aktivitäten unterhalb der Schwelle des Krieges (hybride Kriegsführung), die das Risiko beinhalten, dass ein Konflikt ausbricht (auch ein unbeabsichtigter, als Ergebnis einer gewaltsamen Eskalation infolge eines insbesondere militärischen Vorfalles), und unternimmt auch umfassende und komplexe

Aktivitäten mit Hilfe nicht militärischer Mittel (inkl. Cyberangriffe, Desinformation), mit dem Ziel, die Strukturen der westlichen Staaten und Gesellschaften zu destabilisieren sowie Spaltungen zwischen den Bündnisstaaten hervorzurufen. Es ist davon auszugehen, dass die Russische Föderation ihre Politik fortsetzen wird, die gegenwärtige internationale Ordnung, die auf internationalem Recht gründet, zu destabilisieren, mit dem Ziel, die Position einer Großmacht wiederzuerlangen und die Einflusszonen wiederaufzubauen.

Der grundlegende, prägende Faktor für die Sicherheit Polens ist seine starke Verwurzelung in den transatlantischen und europäischen Strukturen sowie die Entwicklung der bilateralen und regionalen Zusammenarbeit mit seinen wichtigsten Partnern. In den letzten Jahren wurden die transatlantischen Beziehungen wie der Prozess der europäischen Integration auf die Probe gestellt. Die strategischen Bindungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und den europäischen Bündnispartnern machen eine Evolution durch. In der Europäischen Union treten abweichende Konzepte für ihre weitere Entwicklung auf. Es besteht auch das Risiko, dass der Zusammenhalt der Positionen und des Handelns der NATO- und EU-Mitgliedsstaaten infolge wachsender innerer Spannungen sowie der Aktivitäten äußerer Akteure geschwächt wird.

Eine Gefahr stellen auch die fortwährenden regionalen und inneren Konflikte in der südlichen Nachbarschaft Europas dar. Als deren Folge, aber auch infolge des massiven Anstiegs der Geburtenrate sowie der Unterschiede des Lebensniveaus verstärkte sich der Migrationsdruck, der eine Herausforderung für die Sicherheit Europas bleiben wird.

Auf globaler Ebene ist der sich verschärfende strategische Wettbewerb zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, der Volksrepublik China und der Russischen Föderation ein wichtiger Faktor, der das gesamte internationale System beeinflusst.

In den letzten Jahren haben wir es mit einem breiten Spektrum bewaffneter Konfliktformen zu tun, die sich u. a. in Ausmaß, Intensität, Komplexität, Dauer sowie der Verwischung der Grenzen zwischen Krieg und Frieden unterscheiden. Die globale Unsicherheit wird u. a. durch die Infragestellung von Abrüstungsverträgen und -vereinbarungen, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie die Bedrohung durch Terrorismus und organisierte Kriminalität begünstigt.

Aktivitäten unterhalb der Kriegsschwelle, dazu gehören auch hybride Aktivitäten, werden weiterhin ein wesentliches Mittel der Politik bleiben, dass sowohl staatlichen als auch außerstaatlichen Subjekten dienen wird, ihre Ziele zu erreichen. Die weitere Entwicklung der Fähigkeiten, Aktivitäten in vielen Bereichen, inkl. Cyberspace und Weltall, durchzuführen, steht zu erwarten.

Die Entwicklung neuer sowohl ziviler als auch militärischer Technologien bewirkt, dass die Nutzung von unbemannten, autonomen, automatisierten und robotisierten Rüstungssystemen unter Einsatz künstlicher Intelligenz sowie auch von Präzisionswaffensystemen mit großer Reichweite, ballistische und manövrierbare Raketen inbegriffen, deutlich steigt. Als besonders gefährlich gilt die zunehmende Wahrscheinlichkeit, taktische Nuklearwaffen in klassischen bewaffneten Operationen einzusetzen, u. a. zur Deeskalation von Konflikten.

[...]

Gleichzeitig strebt Polen danach, die externen Säulen der Sicherheit zu stärken, u. a. durch die Mitgliedschaft im Nordatlantikpakt und der Europäischen Union, die strategische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika und die regionale Sicherheitszusammenarbeit. Der strategische Anpassungsprozess des Nordatlantikpaktes führte zur Stärkung der Abschreckungs- und Verteidigungspolitik des Bündnisses, wozu auch die Präsenz von Bündnisstreitkräften auf polnischem Territorium gehört. Die Sicherheit Polens wird auch durch die Entwicklung der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika im Bereich Sicherheit und Verteidigung, Energie, Handel, Investitionen sowie Forschung und Entwicklung gestärkt. Ein stärkender Faktor für das Verteidigungspotential wird die engere politische, militärische und rüstungstechnische Zusammenarbeit mit den wichtigsten europäischen Partnern auf bilateraler Ebene sowie im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU – u. a. durch das Engagement in bestimmten Projekten im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit der EU sowie die polnische Beteiligung in Projekten, die vom Europäischen Verteidigungsfonds finanziert werden. Polen misst außerdem der Entwicklung der regionalen Zusammenarbeit großes Gewicht bei, u. a. im Rahmen der Bukarester Neun, der Visegrád-Gruppe, des Weimarer Dreiecks, der Drei-Meere-Initiative sowie der Zusammenarbeit mit Staaten der Ostseeregion. Ein Schlüsselinstrument ist das Engagement Polens in Missionen und Operationen des Nordatlantikbündnisses, der Europäischen Union, der Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie anderen, situativen Koalitionen.

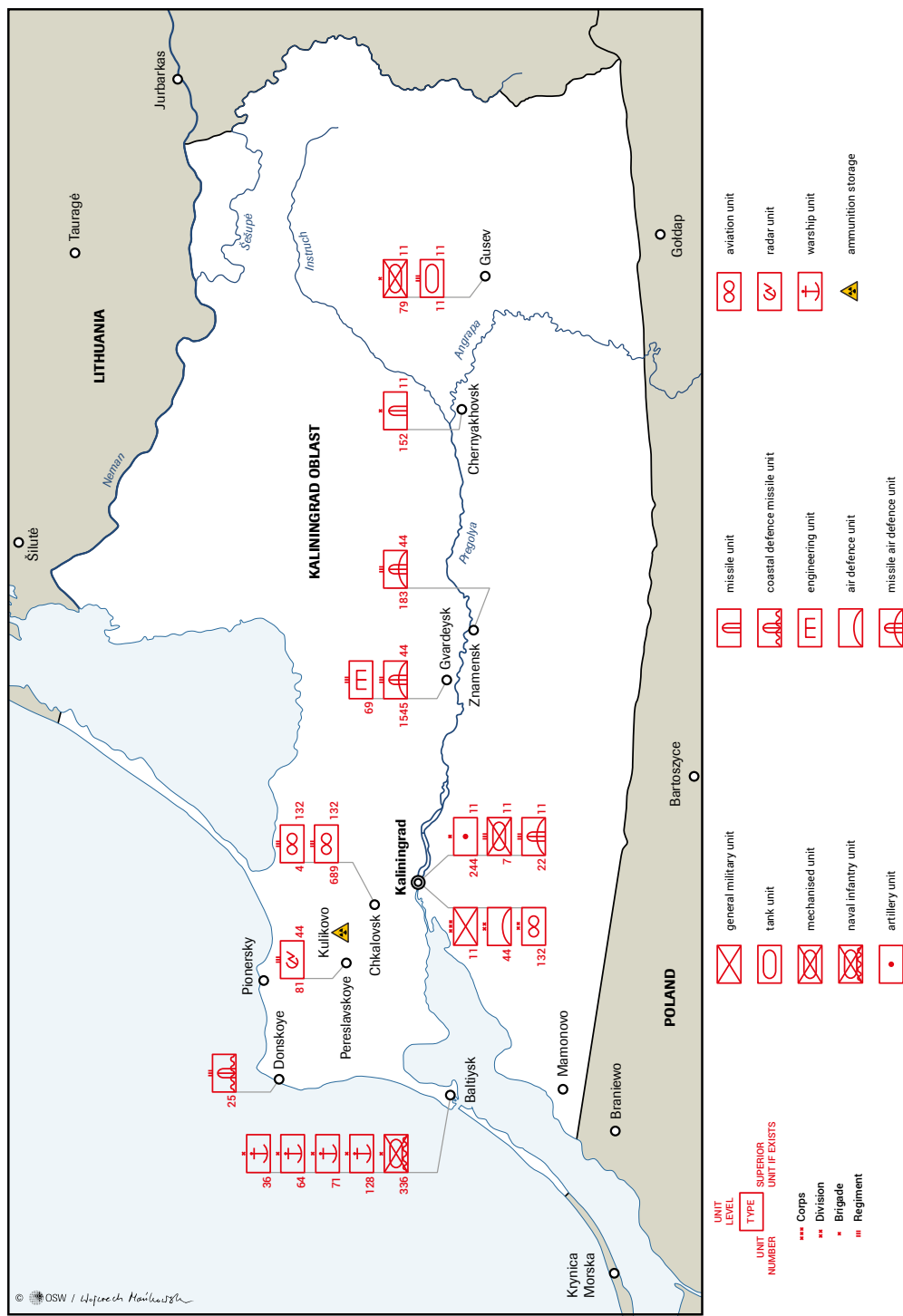
[...]

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Strategia Bezpieczeństwa Narodowego Rzeczypospolitej Polskiej [Nationale Sicherheitsstrategie der Republik Polen]. Warszawa 2020. S. 6–10. <https://www.bbn.gov.pl/pl/prace-biura/publikacje/8808,Strategia-Bezpieczenstwa-Narodowego-Rzeczypospolitej-Polskiej.html> (abgerufen am 31.01.2022).

Die wichtigsten russischen Militäreinheiten in der Oblast Kaliningrad

Karte 1: Dislozierungen der wichtigsten russischen Militäreinheiten in der Oblast Kaliningrad



Quelle: Domańska, Maria; Kardas, Szymon; Menkiszak, Marek u. a.: Fortress Kaliningrad. Even Closer to Moscow. Warszawa: Ośrodek Studiów Wschodnich im. Marka Karpia/Centre for Eastern Studies 10/2019. S. 68. <https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-report/2019-11-07/fortress-kaliningrad> (abgerufen am 31.01.2022); Abdruck mit freundlicher Genehmigung

Tabelle 1: Voraussichtlicher Anstieg der Militär- und Unterstützungseinheiten auf Bataillons-/Divisionsebene und ihre Offensivwaffen (Basiskategorien laut KSE-Vertrag) nach der Einsetzung einer motorisierten Division in der Oblast Kaliningrad

	Dez. 2016	Feb. 2019	2021 (Prognose)
Anzahl der Militär- und Unterstützungseinheiten im 11. Armeekorps und der 336. Marineinfanteriebrigade			
Panzerbataillon	1/1*	3/1*	8
Motorisiertes Bataillon	6	6	13
Bataillon der Marineinfanterie	2	2	2
Landungs- und Sturmbataillon	1	1	1
Artilleriebatterie	8	8	13
Anzahl der Offensivwaffen (Basiskategorien laut KSE-Vertrag)			
Panzer	41	103	299
Panzerwagen	342	342	667
Artillerie Kaliber 100 mm und größer	144	144	234

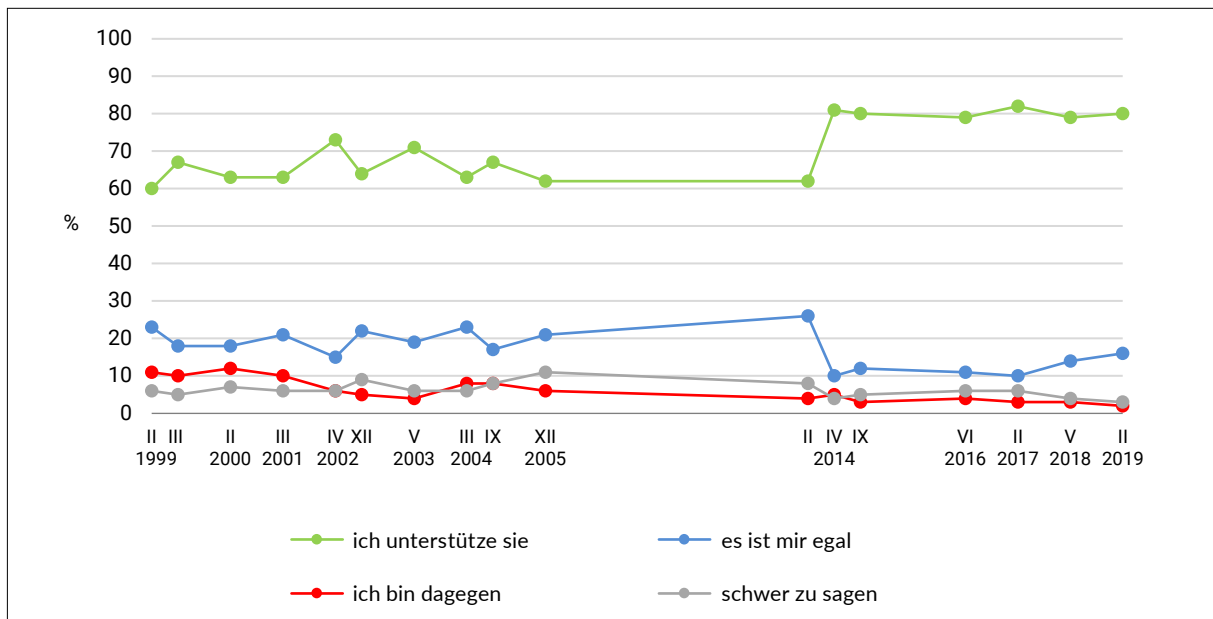
*Panzerbataillon des 7. Motorisierten Regiments (Kaderstruktur, ohne Bewaffnung)

Quelle: Domańska, Maria; Kardaś, Szymon; Menkiszak, Marek u.a.: *Fortress Kaliningrad. Even Closer to Moscow*. Warszawa: Ośrodek Studiów Wschodnich im. Marka Karpia/Centre for Eastern Studies 10/2019. S. 91. <https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-report/2019-11-07/fortress-kaliningrad> (abgerufen am 31.01.2022)

UMFRAGEN

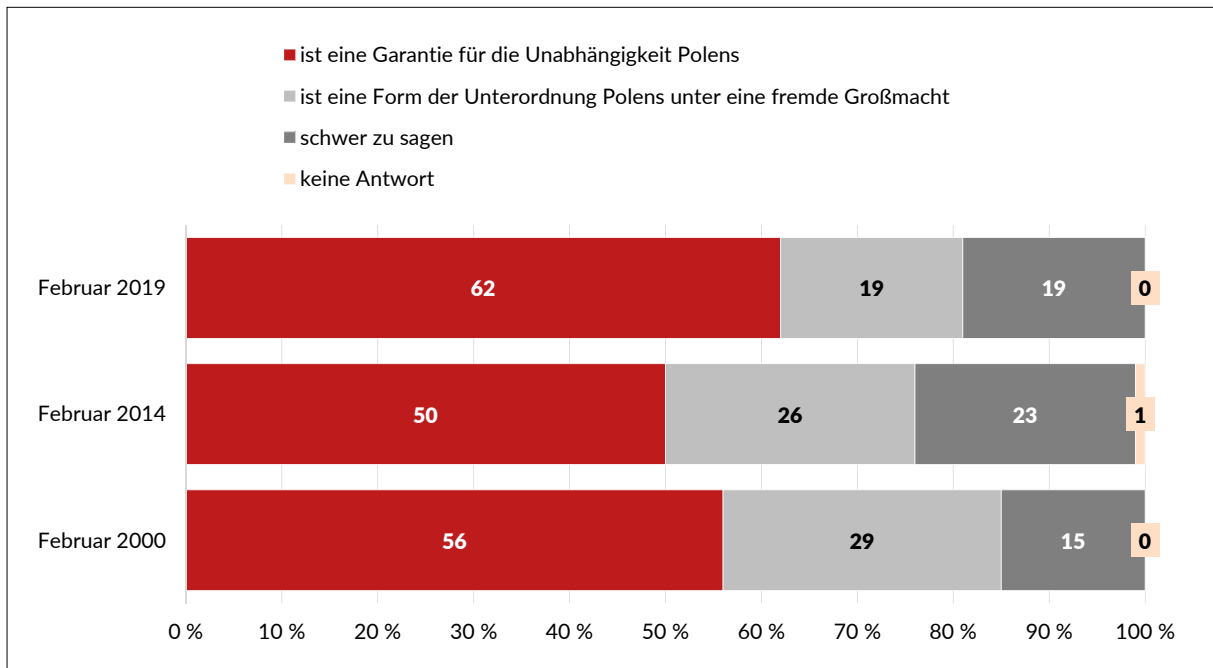
Einstellungen der polnischen Bevölkerung zur NATO, Russland und anderen Nationen

Grafik 1: Unterstützen Sie die Zugehörigkeit Polens zur NATO? (2019)



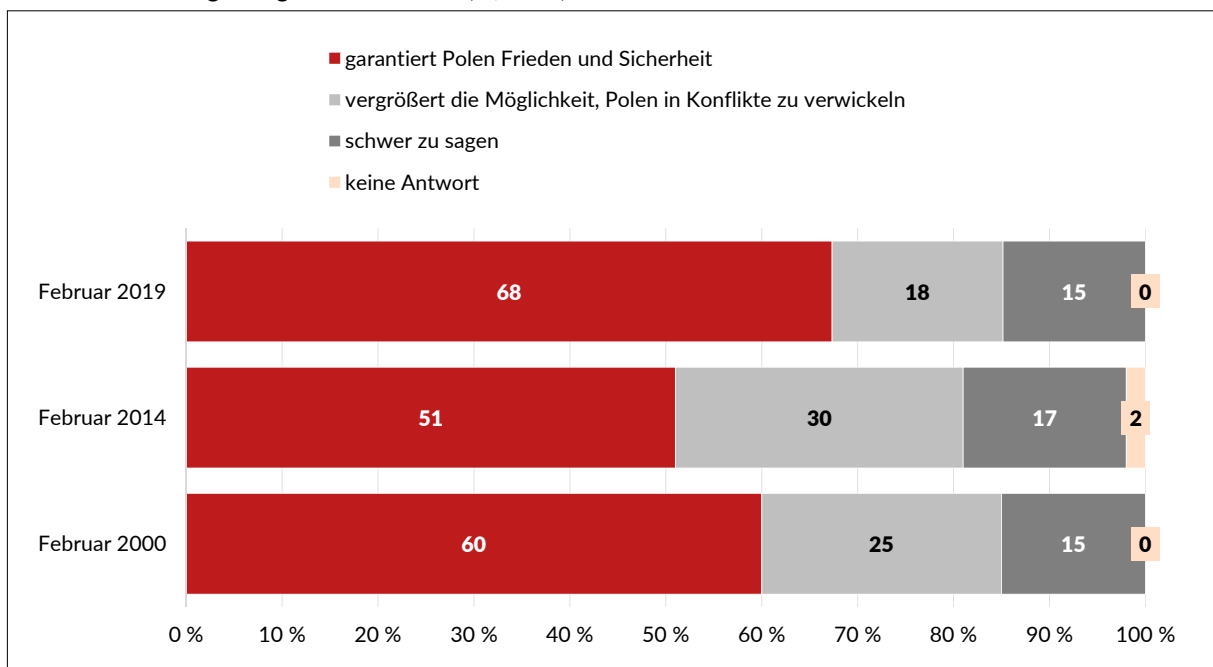
Quelle: CBOS: *Komunikat z badań Nr. 31/2019: 20 lat członkostwa Polski w NATO [20 Jahre Mitgliedschaft Polens in der NATO]*. Warszawa 03/2019. www.cbos.pl

Grafik 2: Die Zugehörigkeit zur NATO... (% , 2019)



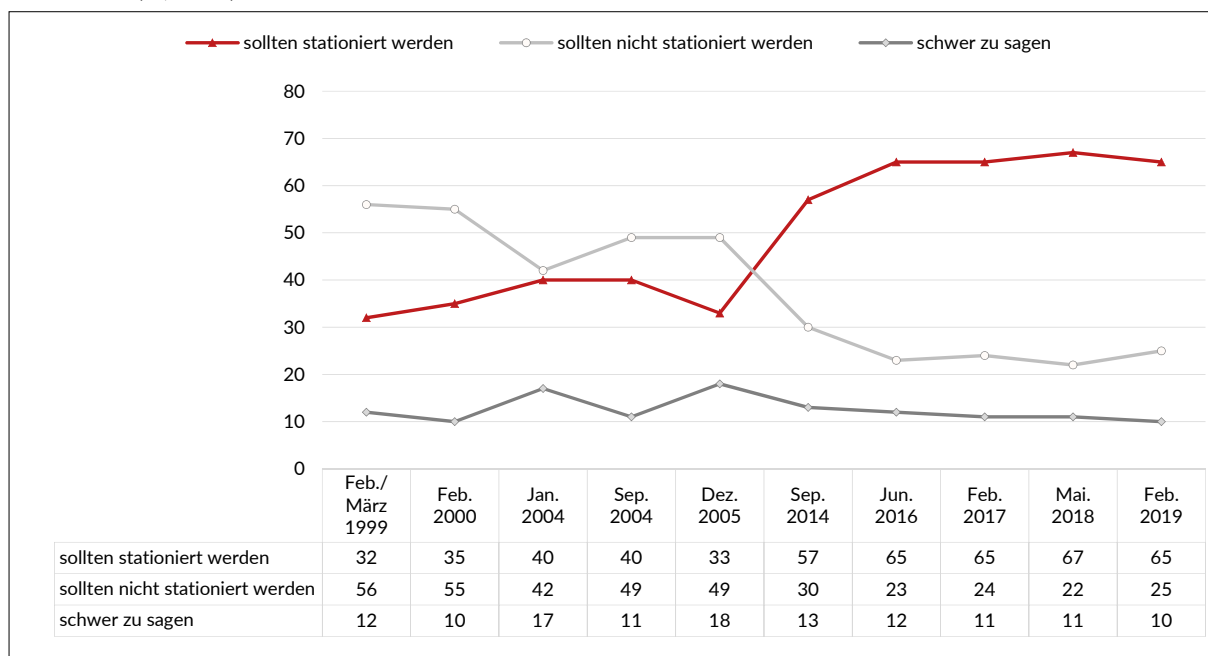
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 31/2019: 20 lat członkostwa Polski w NATO [20 Jahre Mitgliedschaft Polens in der NATO]. Warszawa 03/2019. www.cbos.pl

Grafik 3: Die Zugehörigkeit zur NATO... (% , 2019)



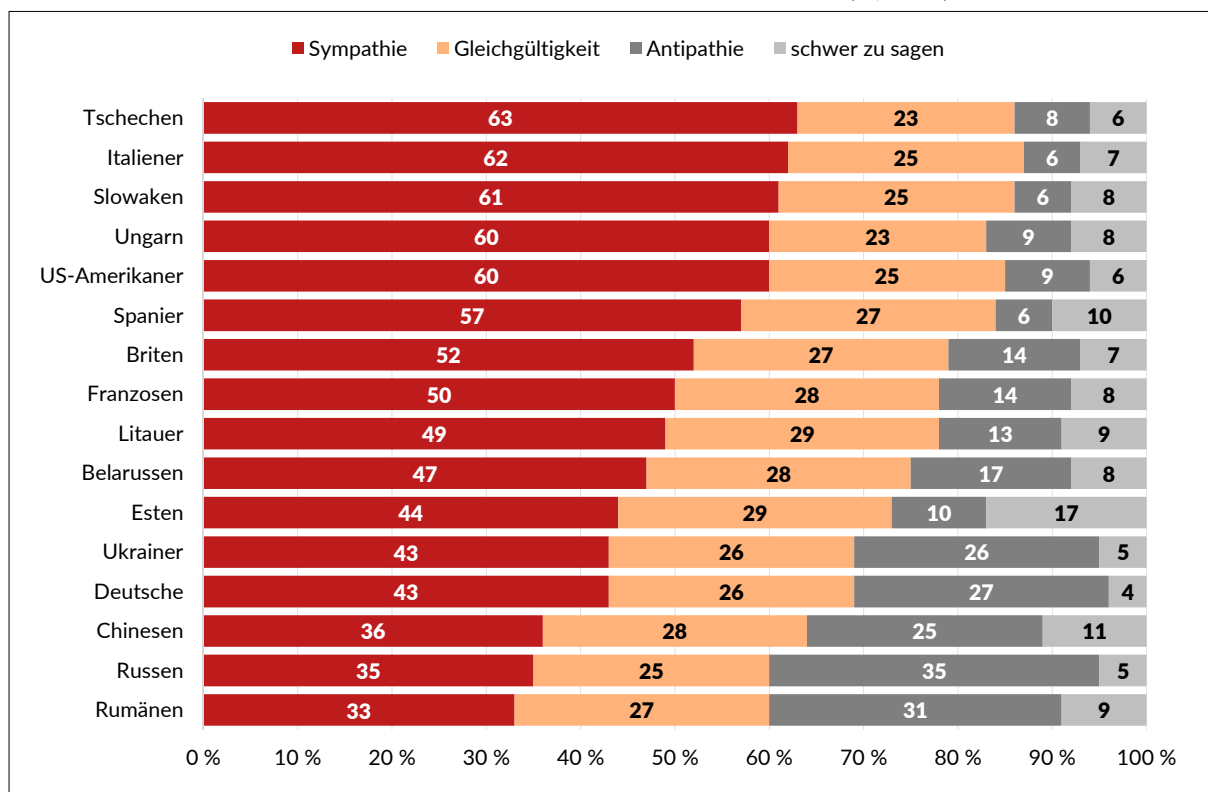
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 31/2019: 20 lat członkostwa Polski w NATO [20 Jahre Mitgliedschaft Polens in der NATO]. Warszawa 03/2019. www.cbos.pl

Grafik 4: Sind Sie der Meinung, dass in Polen Streitkräfte anderer NATO-Staaten stationiert werden sollten? (% , 2019)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 31/2019: 20 lat członkostwa Polski w NATO [20 Jahre Mitgliedschaft Polens in der NATO]. Warszawa 03/2019. www.cbos.pl

Grafik 5: Wie würden Sie Ihr Verhältnis zu anderen Nationen beschreiben? (% , 2021)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 30/2021: Stosunek do innych narodów [Das Verhältnis zu anderen Nationen]. Warszawa 03/2021. www.cbos.pl

CHRONIK

25. – 31. Januar 2022

25.01.2022	Vizeaußenminister Szymon Szykowski vel Sęk trifft sich in Berlin mit Andreas Michaelis, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes (AA), und Katja Keul, Staatsministerin im AA. Thematisiert werden die Sicherheitslage und Gefahr eines russischen Militärangegriffs angesichts des russischen Truppenaufgebotes an der russisch-ukrainischen Grenze. Polen habe Zweifel, ob in dem Konflikt auf Deutschland gezählt werden könne. Daher fordere Polen von Deutschland ein klares Nein zur Inbetriebnahme der Gaspipeline Nord Stream 2, die von Russland zur Erpressung der Ukraine eingesetzt werden könne.
26.01.2022	In einem Interview des polnischen Senders TVN24 sagt der Botschafter der Ukraine in Polen, Andrij Deschtschyzja, zurzeit fänden bilaterale Gespräche mit Polen über mögliche Lieferungen von Kriegsgerät, Waffen und Munition an die Ukraine statt. Die ukrainische Seite habe dem polnischen Verteidigungsministerium vorher eine entsprechende Liste vorgelegt. Die Entsendung polnischer Soldaten in die Ukraine werde aktuell nicht behandelt. Hintergrund ist das russische Truppenaufgebot mit ca. 100.000 Soldaten an der russisch-ukrainischen Grenze und die Befürchtung einer russischen Invasion.
27.01.2022	Am Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust veröffentlichen 28 jüdische Organisationen in Polen eine gemeinsame Erklärung. Darin rufen sie zu zivilgesellschaftlichem und politischem Engagement gegen Antisemitismus und Falschaussagen über den Holocaust auf.
27.01.2022	Paweł Soloch, Chef des Büros für Nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego – BBN), und Jakub Kumoch, Chef des Büros für Internationale Politik (Biuro Polityki Międzynarodowej), nehmen in Wilna (Litauen) mit ihren Amtskollegen aus Litauen, Lettland und Estland an Beratungen über die Sicherheitslage an der russisch-ukrainischen Grenze teil, wo Russland Truppen von ca. 100.000 Soldaten aufgezogen hat. Die Ukraine kämpfe für westliche Werte und müsse politisch, wirtschaftlich und militärisch unterstützt werden, heißt es in einem gemeinsamen Kommuniqué. Konkrete Unterstützung der Selbstverteidigungsfähigkeit der Ukraine sei die beste Abschreckungsmethode gegenüber Russland. Es müsse alles, was möglich ist, getan werden, um eine neue Trennungslinien in Europa zu verhindern.
29.01.2022	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) nimmt in Madrid (Spanien) an einem Kongress europäischer Parteien des rechtsnationalen und rechten politischen Spektrums teil. Titel der Veranstaltung ist »Europa verteidigen«. Anwesend sind u. a. Santiago Abascal, Parteichef von Vox (Spanien), der ungarische Regierungschef Viktor Orban (Fidesz) und die Parteivorsitzende des französischen Rassemblement National, Marine Le Pen. Thematisiert werden u. a. Fragen der Verbesserung der demographischen Situation in Europa, des Schutzes der EU-Außengrenzen vor illegaler Immigration in großem Ausmaß, der Zusammenarbeit im Bereich Verteidigung mit Blick auf Russland sowie der angestrebten Energieunabhängigkeit Europas. Im Anschluss verabschieden die Teilnehmer eine gemeinsame Erklärung. Auf einer Pressekonferenz zeigt sich Morawiecki zufrieden über die Geschlossenheit. Es sei deutlich geworden, dass es mit dem Konzept der souveränen Staaten eine Zukunftsalternative zu einem von Brüssel aus zentral verwalteten Europa gebe. Es habe ein Austausch darüber stattgefunden, wie man im Europaparlament die Zusammenarbeit intensivieren und eine starke Gruppe bilden könne.
31.01.2022	Der Chef des Büros für Nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego – BBN), Paweł Soloch, gibt bekannt, dass Polen der Ukraine Munition für Defensivwaffen liefern wird. Die Entscheidung sei in enger Zusammenarbeit zwischen Präsident Andrzej Duda und Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak getroffen worden. Polnische militärische Hilfe für die Ukraine hat Ende letzter Woche der Nationale Sicherheitsrat (Rada Bezpieczeństwa Narodowego – RBN) thematisiert, zu dem auch Vertreter der parlamentarischen Opposition eingeladen waren. Der Hintergrund ist, dass Russland an der russisch-ukrainischen Grenze ca. 100.000 Soldaten zusammengezogen hat, weshalb die Ukraine und die NATO einen russischen Militärschlag gegen die Ukraine nicht ausschließen.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2022 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>